

Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz, Kerstin Celina, Patrick Friedl, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Hep Monatzeder, Anna Toman, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Ausweitung der Beratungsangebote für Solo-Selbstständige und Unternehmer*innen der Kultur- und Kreativwirtschaft (KuK) in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird angesichts der Covid-19 Pandemie aufgefordert, folgende Maßnahmen unverzüglich zu ergreifen, um Selbstständige und Unternehmer*innen der KuK-Wirtschaft in Bayern im Hinblick auf die existenzbedrohende Situation zu beraten, über (tages-)aktuelle Entwicklungen zu informieren sowie ihnen den Zugang zu dringend erforderlichen staatlichen Förderprogrammen und Soforthilfen zu erleichtern:

- insgesamt werden **im Freistaat zehn neue Vollzeitstellen** für die **Beratung und Unterstützung von Solo-Selbstständigen und Unternehmer*innen der KuK-Wirtschaft** in Bayern durch die bayerische Staatsregierung geschaffen.
- um den sehr unterschiedlichen regionalen Gegebenheiten Rechnung zu tragen und das Flächenland Bayern so gut wie möglich abdecken zu können, entfällt dabei **auf jeden der sieben Regierungsbezirke je eine Vollzeitstelle**. Diese Stellen werden beim Bayerischen Landesverband für Kultur- und Kreativwirtschaft geschaffen. Mit diesen Stellen wird gleichzeitig die Zusammenarbeit und Vernetzung der staatlichen Stellen wie z. B. dem Bayerischen Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft „bayernkreativ“ in Nürnberg mit den kommunalen Behörden und weiteren Einrichtungen im KuK-Sektor vor Ort gewährleistet und erleichtert.
- Um der enormen Menge und Breite der KuK-Angebote in der Metropolregion München und dem damit verbundenen sehr hohen Arbeitsaufkommen im Beratungsbereich dort gerecht zu werden, wird **in München darüber hinaus eine zusätzliche Vollzeitstelle** geschaffen. Eine wichtige Aufgabe dieser Stelle wird die Unterstützung von sowie die enge Kooperation mit dem Kompetenzteam Kultur- und Kreativwirtschaft der Landeshauptstadt München und den Behörden im Münchener Umland sein.
- **zwei neue Vollzeitstellen** werden direkt **im Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst und im Bayerischen Ministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie** angesiedelt, um die Vernetzung, Kooperation, Kommunikation

und Information der neu geschaffenen Stellen in den Regierungsbezirken und der Ministerien untereinander zu gewährleisten.

Begründung:

Laut dem Zweiten Bayerischen Kultur- und Kreativwirtschaftsbericht des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie vom März 2020 waren 2018 387.749 Menschen in Bayern im kulturell-kreativen Sektor erwerbstätig und damit ähnlich viele wie in der Automobilindustrie. Damit stellt die Kultur- und Kreativwirtschaft „4,3 Prozent der bayerischen Erwerbstätigen, erwirtschaftet 3,3 Prozent der bayerischen Umsätze und liefert einen Bruttowertschöpfungsbeitrag von 20,3 Milliarden Euro“. Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist die dritt wichtigste Branche Bayerns gemessen an der Bruttowertschöpfung.

Der KuK-Bereich ist jedoch nicht nur ein existenzieller wirtschaftlicher Erfolgsfaktor, sondern auch einer der wichtigsten identitätsstiftenden Faktoren für den Freistaat Bayern. Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat Kunst und Kultur zurecht als „die emotionale Seele unseres Landes“ (Twitter, 14.05.2020, 11.50 Uhr) bezeichnet, die es zu erhalten gelte. Auch Staatsminister Aiwanger betonte Anfang März noch, dass die Branche mit den elf Teilmärkten (Architektur, Film, Presse, Rundfunk/Fernsehen, Design, Werbung, Buchmarkt, Darstellende Kunst, Bildende Kunst, Musik, Software/Games) noch weiter sichtbar gemacht werden solle

Bereits vor 2020 existierte eine große Anzahl an staatlichen und kommunalen Förderprogrammen für den KuK-Bereich. Im Verlauf der Corona-Pandemie wächst die Zahl der Hilfsangebote bislang erfreulicherweise an. Dadurch und aufgrund der notwendigen ständigen Neubewertung der aktuellen Situation wird es aber für die Betroffenen zunehmend schwierig bis unmöglich, die jeweils zur Verfügung stehenden Hilfen zu identifizieren geschweige denn einen Überblick zu erhalten. Anträge zu falscher Zeit am falschen Ort belasten Betroffene wie auch die Verwaltungen über Gebühr.

Angesichts der weiterhin unklaren Zukunftsperspektiven für die KuK-Branche, der sich kontinuierlich wandelnden (gesundheits-)politischen Rahmenbedingungen sowie der mittlerweile für die meisten Künstler*innen und Kulturschaffenden existenzbedrohenden Situation, deren Ende auch in Jahresfrist nicht abzusehen ist, sind weitere staatliche personelle Ressourcen zur Beratung und Unterstützung der Betroffenen unerlässlich.

Auch Unterfranken mit seiner lebendigen Kulturszene leidet besonderes unter der durch die Corona-Pandemie bedingten Kulturkrise. Das Grüne Corona-Krisen-Team Unterfranken um die Abgeordneten Patrick Friedl und Kerstin Celina bekamen ebenso wie die Kulturpolitische Sprecherin Sanne Kurz wurden von Betroffenen immer wieder über die besonderen Probleme beim Beratungsbedarf informiert. Hier kann eine dezentrale Struktur, die regional gut vernetzt ist und überdies mit den beiden zuständigen Staatsministerien für Kunst und Wirtschaft und der guten und erfahrenen Beratung der Landeshauptstadt eng kooperiert, einem weiteren Verfall des Kulturlebens und Existenz-Bedrohung der Betroffenen vorbeugen. Und dies gilt selbstverständlich nicht nur für Unterfranken, sondern für alle weiteren bayerischen Regierungsbezirke.